

Büchl: Das glaube ich in Bezug auf die geistlichen Herren gewiß nicht; die waren wahrscheinlich durch geistliche Funktionen verhindert.

Reg.-Komm.: Ich möchte auch für eine zweite Lesung rathen. Der Beschluß hat nur eine geringe Majorität. Uebrigens wurde schon früher angedeutet, was ich hiemit bestätige, daß von Seite der Geistlichkeit Schritte vorbereitet sind, um bei Sr. Durchlaucht die Befreiung von der bezüglichen Last zu erwirken. Es ist nun die Frage, liegt Ihnen daran, daß dieses Gesetz zu Stande komme oder nicht? Ist das erstere der Fall, so müssen sie es der Regierung auch möglich machen, dasselbe höchsten Orts zu vertreten. Durch den mit Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß haben sie den Regierungsentwurf modifizirt und benahmen der Regierung hiedurch die Möglichkeit, für den modifizirten Gesetzentwurf eintreten zu können.

Wanger: Ich glaube mit den von uns angeführten Gründen und mit S. 4 der Gemeindeordnung kann die f. Regierung das Gesetz durchbringen.

Reg.-Komm.: erinnert wiederholt an die von der Geistlichkeit bei Sr. Durchlaucht eingebrachte Petition.

Kirchthaler: Das wäre traurig, wenn eine Petition gegen die Majorität des Landtags durchdringen könnte, wenn die Landtagsbeschlüsse nichts gelten.

Reg.-Komm.: Die Regierung hat die Pflicht auch die Petition eines einzelnen Standes zu berücksichtigen.

Kirchthaler: Der zahlreichste Stand ist das Volk. Präs. Ich spreche für eine zweite Lesung.

Wanger: Ich würde eine Rüge der abwesenden Mitglieder beantragen und es bei der ersten Lesung lassen.

Abstimmung: 7 Stimmen für zweite Lesung.

Es folgt nun die Wahl einer Kommission zur Berichterstattung über das Budget pro 1866. Es werden gewählt: Im ersten Gang: Schädler mit 10, Landrichter Kessler mit 10 und Kirchthaler mit 8 St.; im zweiten Gang Quaderer mit 7 St. und im dritten Gang Wanger mit 6 St.

Schluß der Sitzung um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Allerhand Neuigkeiten.

Baduz, 27. Sept. Durch eine kaiserliche Verordnung wurde die Reichsverfassung zeitweilig außer Kraft gesetzt. Es sollen mit dem ungarischen Reichsrathe Unterhandlungen gepflogen werden, um ihn zur ganzen oder theilweisen Anerkennung zu bewegen! Nach Allem, was sich aus der bisherigen Haltung Ungarns schließen läßt, wird es sich gegenüber der neuen Verfassung sehr wenig entgegenkommend verhalten. Die Ungarn stützen sich auf ihr altes, verbrieftes Recht; auf neue Rechte, die man gelten läßt oder beliebig aufhebt, wollen sie sich nicht einlassen. Man hat nun so und so viel mal in Oestreich erlebt, daß Verfassungen „für ewige Zeiten gültig und bindend“ publizirt wurden; allein das „für ewig“ währte meist nur einige Jahre, um einem andern Platz zu machen. Es ist wahr, was ein Wiener in die „Allg. Ztg.“ schreibt, ein absoluter oder willkürlich be-

herrschter Staat kann so gut Kredit haben, als ein anderer; es zeigt sich gerade bei dem gegenwärtigen Fall, daß die Geldleute die „Einstellung der Verfassung“ fast unbeachtet an sich vorübergehen lassen: aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Vielleicht kommen wieder Tage, wo man unbedingten Glauben an das gegebene Wort nöthig hat, wer will es dann übel nehmen, wenn dieser Glaube geschwunden, wenn an jener Stelle die Saat des Mißtrauens groß geworden ist? — Ein Gesetz soll unter allen Umständen heilig sein; ein Gesetz darf nur durch ein Gesetz beseitigt werden. Wer gibt uns Bürgschaft, daß nicht auch andere Gesetze momentan „eingestellt“ werden? Ungenommen die österreichischen Banknoten erlangen bis Ende 1866 Silberwerth, indem die Staatsschuld bis dahin an die Bank getilgt ist. Kann nicht bis dahin eines Tages, im Falle dringender Geldnoth, wieder eine Einstellung erfolgen, um die naheliegende Hilfe der Nationalbank in Anspruch zu nehmen? — Wir wünschen, daß die Ausgleichsversuche mit Ungarn gelingen; aber sie sind auf alle Fälle theuer erkauft.

Man sollte meinen, die „Einstellung der österreichischen Verfassung“ sei auch eine Frucht der Gasteiner Zusammenkunft, wo Kaiser Franz Joseph und der König von Preußen den Handel über Schleswig-Holstein-Lauenburg ins Reine brachten. Ob der König- Herzog Wilhelm auch einen ähnlichen Schritt in Preußen vorbereitet?

Am 1. Oktober versammeln sich die deutschen Landtagsabgeordneten in Frankfurt, um über die Zukunft Schleswig-Holsteins und Deutschlands zu berathen. Diese ewigen Versammlungen werden überaus langweilig und — verderblich. Im gemeinen Leben gilt die Regel: wenig reden und viel thun. Man weiß aus Erfahrung, daß diejenigen, welche immer von ihren Plänen reden, am wenigsten ausführen. Es verzehren sich die kostbare Zeit und Kraft im Schwäzen.

Eine merkwürdige Wandlung bereitet sich in Deutschland vor. Es werden immer mehr Stimmen laut, welche es im besten Interesse Deutschlands finden, wenn Schleswig-Holstein sich mit Preußen vereinigen würde. Nur sollte das Selbstbestimmungsrecht des Volkes gewahrt bleiben.

England war von einer Revolution bedroht. In Irland hatten verrückte Köpfe eine Verschwörung angezettelt. Man hat infolge dessen das seltene Schauspiel von Hausdurchsuchungen, politischen Verbrechern u., was in England fast ganz aus der Mode gekommen war.

Man streitet sich in der Schweiz um den Bau einer Alpenbahn nach Italien. Zürich und seine Nachbarn möchten über den Gotthard bauen, St. Gallen und Graubünden wünschen die Fortsetzung der Bahn von Chur über den Lufmanier. Diese Linie wäre billiger und wahrscheinlich auch rentabler, denn durch das Rheinthal ging zu allen Zeiten der Hauptverkehr nach Italien.

Im südlichen Frankreich herrscht die Cholera in hohem Grade. Die meisten Einwohner der heimgesuchten Städte fliehen und überlassen die Kranken ihrem Schicksal. In Toulon war mehr als die Hälfte der Bewohner geflohen; an einem einzigen Tage starben 76 Personen an der Seuche. Es wurde verordnet die